

Förderung I

Die Fördersummen für die energetische Gebäude-sanierung müssen deutlich aufgestockt werden.

SEITE 3

Förderung II

Das Arbeitsministerium fördert Projekte für Unternehmensverantwortung im Mittelstand und im Handwerk.

SEITE 4

Lohnplus

Die Schlichtung im Bauhauptgewerbe hat zu einem deutlichen Plus bei den Tariflöhnen geführt.

SEITE 5

Bremse

Die Arbeitnehmervereinigungen der hessischen Handwerkskammern warnen vor der Schuldenbremse.

SEITE 7

1. Mai und Arbeitnehmerfreizügigkeit

Europa wächst weiter zusammen

Am 1. Mai begehen die deutschen Gewerkschaften in diesem Jahr nicht nur den „Tag der Arbeit“ – ab dem 1. Mai 2011 gilt auch in Deutschland die volle EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit. Europa wächst weiter zusammen. Konkret heißt das: Auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den Beitrittsstaaten der so genannten EU-Osterweiterung (außer den jüngsten EU-Mitgliedern Rumänien und Bulgarien) können ohne spezielle Arbeitserlaubnis eine Tätigkeit in Deutschland aufnehmen.

Auch die volle Dienstleistungsfreiheit und die Möglichkeit zur grenzüberschreitenden Leiharbeit gelten ab dem Stichtag 1. Mai für Deutschland weitgehend uneingeschränkt. Damit stehen diese Grundfreiheiten der EU jetzt auch den Bürgerinnen und Bürgern der neuen Mitgliedsstaaten zur Verfügung. Das Problem: Das Lohn- und Gehaltsniveau in den osteuropäischen Beitrittsstaaten liegt teilweise deutlich unter dem in Deutschland. Das kann in verschiedenen Bereichen zum Lohndumping missbraucht werden – zum Beispiel dann, wenn Leiharbeiter aus osteuropäischen

EU-Staaten zu den Leiharbeitslöhnen ihres Herkunftslands in Deutschland tätig werden. Ein anderes, im Handwerk durchaus realistisches Szenario: Scheinselbstständige „Dienstleistungserbringer“ aus den Beitrittsstaaten könnten hierzulande Aufträge zu Dumpingpreisen annehmen. In beiden Fällen besteht die Gefahr, dass die Kolleginnen und Kollegen aus Ost- und Mitteleuropa in Deutschland mit Dumpinglöhnen abgespeist und ausgenutzt werden. Gleichzeitig würde dieses neuerliche Lohndumping die Löhne der deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter Druck setzen: Die europäischen Beschäftigten würden so gegeneinander ausgespielt.

Um das zu verhindern, hat der DGB-Bundesvorstand ein 7-Punkte-Programm aufgestellt, mit dem die Politik jetzt noch gegensteuern kann. Zu dem Maßnahmenkatalog gehört etwa die Aufnahme aller Branchen ins Arbeitnehmer-Entsendegesetz, um Branchentariflöhne allgemeinverbindlich zu machen, sowie die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro. Für besonders wichtig hält der

DGB angesichts der Möglichkeit zur grenzüberschreitenden Leiharbeit auch einen gesetzlich festgelegten Equal-Pay-Grundsatz: „Gleiches Geld für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ – so würden Leiharbeiter endlich denselben Lohn erhalten wie Beschäftigte der Stammbesellschaften und könnten nicht mehr zum Lohndumping missbraucht werden. Das komplette 7-Punkte-Programm zum Download: www.handwerkskammerwahl.de. Kurz vor Start der Arbeitnehmerfreizügigkeit hat die IG BAU außerdem die Kampagne „Gute Arbeit in Europa – WIR schauen hin!“ gestartet. Sie soll das Bewusstsein von Betriebsräten und Gewerkschaftern dafür schärfen, noch stärker auf die Einhaltung von Sozialstandards, Gesetzen und Tarifverträgen in ihren Betrieben zu achten.



Europa wächst am 1. Mai 2011 noch weiter zusammen.

Foto: Colourbox

Initiative geht weiter

Die DGB-Initiative „Handwerk: gute Arbeit, fairer Lohn.“ läuft weiter erfolgreich (Seite 5). Auf www.gute-arbeit-fairer-lohn.de



können im Rahmen der Initiative Beschäftigte die Arbeitsbedingungen in ihrem Handwerksbetrieb bewerten – die Auswertung zeigt dann einen „Daumen rauf“ für gute Bedingungen oder einen „Daumen runter“ für schlechte. Auch in diesem Handwerksinfo zeigen wir mit den Daumen wieder unsere Meinung: Für positive Nachrichten gibt's den „Daumen rauf“, für Berichte über Missstände den Daumen nach unten.

Editorial

Gute Arbeit, gutes Klima

„Niemand kann nach den schrecklichen Ereignissen in Japan und im Kernkraftwerk Fukushima zur Tagesordnung übergehen“, meint DGB-Vorstand Dietmar Hexel. „Die Milliarden Jahre alte Natur hat uns die Grenzen ihrer angeblichen Beherrschbarkeit gezeigt.

Die Atomkatastrophe ist hingegen eine Folge menschlichen Handels. Das bisherige Restrisiko wurde zum unbeherrschbaren Ernstfall.“ Wie es jetzt mit der Energiepolitik weitergeht und was das fürs Handwerk heißt, beschreibt Dietmar Hexel im Editorial der aktuellen Ausgabe des Handwerksinfos.



Foto: DGB/Simone M. Neumann

Dietmar Hexel, Mitglied im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand

In Deutschland ist die Atomenergie am Ende – jeder weiß das. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften haben von Anfang an den Atomkonsens der rot-grünen Bundesregierung von 2000 als wichtigen gesellschaftlichen Kompromiss unterstützt. Dieser Kompromiss sah auch den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie vor. Wir fordern ihn auch von der Bundesregierung aus Union und FDP ein – aber ohne die Verrechnung von Restlaufzeiten und deutlich schneller als ursprünglich geplant. Der Atomausstieg allein ist noch keine Lösung. Wir brauchen einen echten Energieumstieg. Unser Wohlstand gründet sich auf dem Verbrauch von fossilen Energien: Erdöl, Gas und Kohle. Auch wenn einige dieser Rohstoffe noch viele Jahre reichen, ist klar, dass sie endlich sind. Der Kampf um Rohstoffe hat schon begonnen – und ihr unkontrollierter Verbrauch schädigt das Weltklima. Dies zu begrenzen ist eine zivilisatorische Herausforderung für alle Völker.

Auf unserem Bundeskongress haben wir im Mai vergangenen Jahres klargestellt: Deutschland muss seine Klimaschutzverpflichtungen einhalten und gleichzeitig die Weichen für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung stellen. Die wichtigsten zwei Bestandteile einer solchen Strategie sind zum einen wesentlich mehr Energieeffizienz bei den Verbrauchsgeräten, in der Produktion und bei der Wärmedämmung. Und zum anderen der Umstieg auf erneuerbare Energien mit neuen, modernisierten Kohle- und Gaskraftwerken bis die regenerativen Energien die Versorgung sicherstellen können. Energiesparen, also effizient mit Energie umgehen, ist die wichtigste „Energiequelle“ der Zukunft. Neben den erneuerbaren Energien hat gerade auch der Bereich der Energieeffizienz nicht nur positive Klimaeffekte, sondern in besonderem Maße auch positive Arbeitsmarkteffekte und trägt zu unserem Wohlstand bei.

Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung sichern hunderttausende Arbeitsplätze im Baugewerbe, in angrenzenden Berufsfeldern

sowie im Klima-, Sanitär- und Heizungsgewerbe. Auch neue Gewerke werden entstehen. Für das Handwerk ist die nötige Transformation unserer Energieversorgung und der Klimaschutz eine gesellschaftliche Verpflichtung – die gleichzeitig Innovations- und Jobmotor ist. Drei von vier Wohnungen in Deutschland und die Hälfte aller öffentlichen Schulen und Kindergärten sind aus energetischer Sicht sanierungsbedürftig.

Der DGB fordert deshalb unter anderem, dass die Fördermittel für energetische Gebäudesanierung im Vergleich zum Jahr 2009 auf fünf Milliarden Euro verdoppelt werden. Die Gebäudesanierung ist ökonomisch, sozial und ökologisch ein unschlagbares Erfolgskonzept: Jeder Euro, der hier aus öffentlichen Mitteln investiert wird, löst ein Vielfaches an privaten Investitionen aus, stärkt so die Auftragslage bei einheimischen Unternehmen und damit die Binnennachfrage. Fürs Handwerk gilt: Eine Energiewende mit mehr Energieeffizienz verbindet ökologische Vernunft mit Versorgungssicherheit, ökonomischem Erfolg sowie mehr und besseren Arbeitsplätzen. Gute Arbeit, gutes Klima: Dafür setzt sich der DGB auch weiterhin ein.

Von Dietmar Hexel,
Mitglied im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand

Kammerwesen

Grüne für Reform

Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat in einem Positionspapier mit dem Titel „Kammern der Zukunft“ eine Reform des Kammerwesens gefordert. „Einige Mitglieder, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, fühlen sich nicht angemessen vertreten oder sehen keinen Nutzen in ihrer Mitgliedschaft“, heißt es in dem Fraktionspapier, das sich mit den Industrie- und Handelskammern (IHKen) sowie mit den Handwerkskammern (HWKen) beschäftigt. Als Interessenvertretung aller Mitgliedsunternehmen müssten die Kammern bei politischen Aussagen die nötige Zurückhaltung üben und sachlich bleiben.

Grundsätzliche Positionen müssten „vorab von der Vollversammlung mehrheitlich beschlossen werden“ und „dabei auch Minderheitenpositionen wiedergeben“. Die Vollversammlungen selbst sollten aus Sicht der Grünen sowohl bei den HWKen als auch bei den IHKen „mindestens mit einem Drittel ArbeitnehmervertreterInnen besetzt werden“. Eine mögliche Option sieht die Grünen-Fraktion außerdem in der Zusammenlegung von HWKen und IHKen zu einheitlichen „Wirtschaftskammern“, um Doppelstrukturen und Mehrfachmitgliedschaften zu vermeiden.

Das Papier zum Download: www.handwerkskammerwahl.de

IG BAU und ZDS

Doppelmitgliedschaft

Die IG BAU und der Zentralverband Deutscher Schornsteinfeger (ZDS) haben Ende März ihre Kooperation verstärkt und eine Regelung zur Doppelmitgliedschaft in beiden Gewerkschaften vereinbart. Darin empfiehlt der ZDS den bei ihm organisierten Schornsteinfegern eine „Solidarmitgliedschaft“ in der IG BAU. Man sei seit Jahrzehnten mit dem ZDS „in enger Freundschaft verbunden“, betont ihrerseits die IG BAU. Die Möglichkeit zur Solidarmitgliedschaft solle das unterstreichen.

Impressum

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Handwerkspolitik
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin
Telefon: 030 / 240 60 - 309, Telefax: 030 / 240 60 - 670
E-Mail: handwerk@dgb.de
Internet: www.handwerkskammerwahl.de
Verantwortlich: Dietmar Hexel
Redaktion: Helmut Dittke
Redaktionelle Bearbeitung: Graewis Verlag GmbH
Gestaltung, Druck und Vertrieb: PrintNetwork pn GmbH

Energetische Gebäudesanierung

Förderung nachhaltig anheben

Die energetische Gebäudesanierung ist energiepolitisch, klimapolitisch und beschäftigungspolitisch eine echte Erfolgsstory – vor allem auch für viele Handwerksbranchen. Die einst von der rot-grünen Bundesregierung gestarteten staatlichen Förderprogramme müssen fortgesetzt und dauerhaft mit erheblichen Finanzmitteln ausgestattet werden, fordert deshalb der Deutsche Gewerkschaftsbund von der Bundespolitik.

Vor allem auf Initiative von DGB und Gewerkschaften wurde das rot-grüne „Bündnis für Arbeit“ auch zu einem „Bündnis für Arbeit und Umwelt“: mit finanziell gut ausgestatteten Förderprogrammen für energetische Gebäudesanierung. Vor allem für die Baubranche, für das Klima-, Sanitär- und Heizungsgewerbe, angrenzende Handwerksbereiche sowie für Zulieferer in der Baustoffindustrie waren diese Programme Job-Motor und „Schutzschirm für Beschäftigung“ zugleich. 2009 erreichten die Fördermittel mit 2,4 Milliarden Euro ihren vorläufigen Höhepunkt. Danach begann in der Frage der Förderung zunächst ein politischer Schlingerkurs der schwarz-gelben Bundesregierung. Zumindest in einem Punkt scheint dieser Schlingerkurs jetzt beendet. Einig ist sich die Koalition offenbar darin, die Sanierungsrate bei Gebäuden verdoppeln zu wollen. „Dabei hat die Bundesregierung unsere volle Unterstützung“, betont DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel, der im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand unter anderem für Struktur-, Energie- und Handwerkspolitik zuständig ist. Eine Verdoppelung der Sanierungsrate dürfte aber ohne ein deutliches Plus bei den Fördermitteln kaum möglich sein. Die Bundesregierung müsse bereit sein, „das Niveau der Fördermittel aus dem erfolgreichen Jahr 2009 auf rund fünf Milliarden Euro zu verdoppeln“, so Hexel. „Die Bundesregierung muss im Haushalt 2012 und den folgenden Jahren mehr Finanzmittel für die energetische Gebäudesanierung zur Verfügung stellen, um ihr Ziel zu erreichen“, fordert Hexel. Bereits vor einem Jahr habe der DGB den Bundesfinanzminister und den Bundeswirtschaftsminister aufgefordert, die Fördermittel zur energetischen Gebäudesanierung mindestens auf dem Niveau des Jahres 2009 mit

rund 2,4 Milliarden Euro zu verstetigen (Handwerksinfo 3/2010). Hier muss die Bundesregierung noch nachbessern.

Ein weiteres energie- und klimapolitisches Thema, das für kleine und mittlere Unternehmen im Handwerk wirtschaftlich interessant sein kann, ist das gesamte Gebiet der Ressourceneffizienz, also der sparsame Umgang mit knapper und dadurch teurer werdenden Rohstoffen. Das Thema wird bereits in vielen Handwerkskammern und deren Umweltzentren diskutiert.

In Nordrhein-Westfalen bieten verschiedene Kammern bereits entsprechende Zusatzqualifikationen an, wie beispielsweise die Ausbildung zur/m „Assistent/in für Energie und Ressourcen im Handwerk“. Auch der DGB ist in verschiedenen Projekten rund um Ressourceneffizienz aktiv und will sein Engagement vor allem mit Blick auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Handwerksbetriebe ausbauen. Mehr zu allen Projekten: www.handwerkskammerwahl.de

Investitionsquote

Bau-Tarifpartner fordern mehr Investitionen

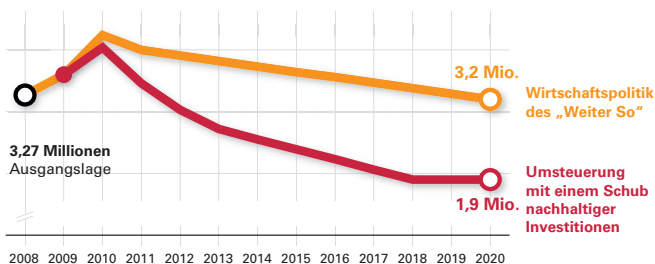
Damit der Wirtschaftsaufschwung anhält und nachhaltig wird, muss in Deutschland wieder deutlich mehr investiert werden. Die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote ist zu niedrig und muss steigen – das haben die Tarifvertragsparteien des Baugewerbes in einer gemeinsamen Erklärung gefordert. IG BAU, ZDB und HDB sind sich einig: Auch der Staat ist in der Pflicht. Gleichzeitig warnen die Verbände vor der Schuldenbremse.

Deutschland braucht zur Sicherung eines nachhaltigen Wirtschaftsaufschwungs eine deutlich höhere gesamtwirtschaftliche Investitionsquote. Dazu muss auch der Bund seinen Beitrag leisten. Diese Forderung haben die Vorsitzenden der drei Tarifvertragsparteien des Baugewerbes, Klaus Wiesehügel, Vorsitzender der IG BAU, Herbert Bodner, Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie (HDB) und Hans-Hartwig Loewenstein, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes (ZDB), erhoben. Anlass sind die in diesen Wochen anstehenden Kabinettsberatungen über die Eckpunkte des Bundeshaushalts 2012. Mit einer Investitionsquote von 18 Prozent (Investitionen im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt) gehöre Deutschland im Kreis der westlichen Industrieländer zu den investitionsschwächsten Ländern.

Die drei Verbände kritisierten vor allem die zu geringe staatliche Investitionstätigkeit. Zwar habe es in den Jahren 2009 bis 2011 einen deutlichen Investitionsschub gegeben, dieser sei allerdings ausschließlich auf die beiden staatlichen Konjunkturprogramme zurückzuführen gewesen. Der im Trend seit 15 Jahren zu beobachtende Rückgang der staatlichen Investitionstätigkeit werde sich 2011 fortsetzen. „Wir sehen vor allem mit Sorge auf die mittlerweile im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse“, so HDB-Präsident Bodner. Die damit verbundenen Einsparmaßnahmen dürften „nicht wie in der Vergangenheit einseitig zu Lasten der staatlichen Investitionstätigkeit gehen.“ Nach Einschätzung des IG BAU-Vorsitzenden Klaus Wiesehügel ist der Staat auch gefordert, gezielte Investitionsanreize im privaten Wohnungsbau zu setzen. Darüber hinaus solle, so die drei Tarifvertragsparteien, das überaus erfolgreiche CO₂-Gebäudesanierungsprogramm auch im kommenden Jahr mit den notwendigen Mitteln ausgestattet werden.

Investitionen in grüne Jobs

Szenarien: Veränderung der Arbeitslosenzahl bei einer ...



* Berechnung auf Basis der Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute Oktober 2009. Zahl der Arbeitslosen jeweils im Dezember des Jahres; Quelle: European Climate Forum 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

Deshalb sind Investitionen in „grüne Wirtschaftsbereiche“ – wie die energetische Gebäudesanierung – so wichtig: Sie schützen nicht nur das Klima, sie können auch nachhaltig helfen, Jobs zu schaffen und Arbeitslosigkeit zu verringern.

CSR im Mittelstand

CSR steht für „Corporate Social Responsibility“, also gesellschaftlich verantwortungsbewusstes Handeln von Unternehmen. Galt CSR lange Zeit als Aktionsfeld großer Konzerne, rücken jetzt kleine und mittlere Unternehmen in den Fokus von CSR-Konzepten – und der Bund stellt Fördermittel in Millionenhöhe zur Verfügung.

CSR: Gesellschaftlich verantwortliches Handeln von Betrieben und Unternehmen – was verbirgt sich dahinter konkret? „Dahinter steckt der Gedanke, dass Unternehmen sich sozial und ökologisch nachhaltig verhalten“, beschreibt beispielsweise Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) das Konzept. „Die Bundesregierung unterstützt CSR gerade mit Blick auf den Mittelstand.“

Förderprogramm vom Bund

Tatsächlich ist die Bundesregierung momentan dabei, eine entsprechende Strategie, die bereits im Herbst vergangenen Jahres beschlossen wurde, in die Tat umzusetzen: Mit dem Förderprogramm „Gesellschaftliche Verantwortung im Mittelstand“, für das aus Bundesmitteln und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) rund 26 Millionen Euro zur Verfügung stehen. „Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Gesellschaft“, so von der Leyen. „Deshalb wollen wir mit dem Programm ‚Gesellschaftliche Verantwortung im Mittelstand‘ hier noch mal einen wirklichen Schub geben.“ Konkret heißt das: Wer ein Projekt zu CSR-Themen umsetzen möchte, kann Förderung beantragen.

Kammern antragsberechtigt

Die insgesamt vier Aktionsfelder des Programms bieten auch für Handwerksbetriebe Möglichkeiten, sich mit Projekten zu beteiligen. Besonders das Aktionsfeld „Arbeitsplatz“ mit Themen wie Weiterbildung, fairer Bezahlung und Mitarbeiterbeteiligung trifft genau das, was auch den Beschäftigten im Handwerk oft unter den Nägeln brennt. Aber auch das Aktionsfeld „Umwelt“ bietet jede Menge Ansatzpunkte für Handwerksbetriebe. Nicht nur Betriebe und Unternehmen können direkte Förderung beantragen, sondern beispielsweise auch Berufsförderwerke, Innungen und Kammern – eine unmittelbare Möglichkeit für Arbeitnehmervertreter in den Selbstverwaltungen des Handwerks, eigene CSR-Projekte anzustoßen und mit Förderung umzusetzen.



Foto: Colourbox

„Junge Baumeister bauen neue Rampen“ heißt ein CSR-Projekt des Bauunternehmens Max Früh. Auszubildende haben im Rahmen der Aktion gemeinsam mit jungen Skateboardern Rampen für eine Skateanlage geplant und umgesetzt: Ein regionales soziales Projekt mit Vorbildcharakter, meint das Bundesarbeitsministerium und will ähnliche Projekte künftig fördern.

Beispiele guter Praxis – auch im Handwerk

Das Bundesarbeitsministerium präsentiert im Rahmen seiner Begleitkampagne zum Förderprogramm „Gesellschaftliche Verantwortung im Mittelstand“ auch Unternehmen, die bereits jetzt den CSR-Gedanken umsetzen. Ein Beispiel guter Praxis aus Sicht des Ministeriums ist das Bauunternehmen Max Früh. Hier übernehmen Auszubildende im Rahmen einer „ganzheitlichen Ausbildung“ beispielsweise früh Verantwortung und setzen Erlerntes praxisnah in regionalen Sozialprojekten um, die sie weitgehend selbst planen und verwirklichen. Eines dieser Projekte heißt „Junge Baumeister bauen neue Rampen“: Max-Früh-Azubis haben eine Skate-Anlage für jugendliche Skateboarder realisiert. „Wenn wir eine sinnvolle Vereinbarkeit von unserem unternehmerischen Handeln mit einem sozialen Projekt sehen, engagieren wir uns gerne“, erklärt Firmenchefin Madeleine Früh.

Auch „Vizes“ aktiv

Längst sind auch Arbeitnehmervertreter im Handwerk für CSR-Projekte aktiv: Zum Beispiel die Arbeitnehmervertreterpräsidenten der Handwerkskammern im Westdeutschen Handwerkskammertag (WHKT). Gemeinsam mit der Sepp-Herberger-Stiftung des DFB, dem Justizministerium von Nordrhein-Westfalen und der Bundesagentur für Arbeit organisiert der WHKT seit 2008 das Projekt „Anstoß für ein neues Leben“. Es sei „ein beispielloses Pilotprojekt“, erklärt der Arbeitnehmervertreterpräsident der Handwerkskammer Ostwestfalen-Lippe

zu Bielefeld, Ralf Noltemeyer. Ziel ist es, junge Strafgefangene über den Fußballsport zu fördern und sie gleichzeitig auf eine Ausbildung oder eine Arbeitsstelle nach ihrer Haft vorzubereiten. Die ausgewählten Jugendlichen, die sich durch soziales Verhalten die Erlaubnis zur Teilnahme am Projekt erarbeiten müssen, werden in einer Mannschaft zusammengefasst und von einem prominenten Sportler im Rahmen einer Patenschaft begleitet. Aktuell hat etwa Ex-Nationaltorwart Oliver Kahn eine Patenschaft übernommen. Die Arbeitnehmervertreterpräsidenten übernehmen im Projekt ebenfalls eine wichtige Rolle: Sie stellen unter anderem die Verbindung zu Handwerksbetrieben her, die das Projekt unterstützen und den Jugendlichen eine Chance in der Arbeitswelt geben. Aber auch sportlich können die straffällig gewordenen Jugendlichen Erfolge erzielen. „Ein urlaubsberechtigter Inhaftierter aus Herford hat inzwischen nach bestandener Schiedsrichterprüfung sein erstes Spiel im regulären Spielbetrieb geleitet“, berichtet Noltemeyer. Ein konkreter Erfolg von CSR.

Jetzt Förderung beantragen

Wer selbst ein CSR-Projekt starten oder ein bestehendes Projekt fördern lassen will, kann noch bis zum 30. Juni 2011 eine „Interessensbekundung“ beim Bundesarbeitsministerium abgeben. Wenn es dann einen positiven Bescheid für das Projekt gibt, kann der Projektantrag ab dem 25. Juli eingereicht werden. Alle nötigen Kontakte und Links gibt es online unter: www.handwerkskammerwahl.de

Lohnplus für Bau-Beschäftigte

Nach zunächst gescheiterten Gesprächen und mehreren Schlichtungsterminen hat die IG BAU die Tarifverhandlungen im Bauhauptgewerbe zu einem erfolgreichen Ergebnis gebracht. Damit steigen – eine Unterzeichnung des neuen Tarifvertrags vorausgesetzt – die Bau-Mindestlöhne. Auch für die Lohnuntergrenze im Gebäudereiniger-Handwerk fordert die IG BAU ein Plus. Aber die beiden allgemeinverbindlichen Mindestlöhne müssen auch kontrolliert und eingehalten werden. Dafür braucht es mehr Personal.

„Mit dem Tarifergebnis haben wir einen tragfähigen Kompromiss gefunden“, sagte der stellvertretende IG BAU-Vorsitzende Dietmar Schäfers, als am Morgen des 14. April 2011 schließlich der Schlichterspruch für die Tarifverhandlungen im Bauhauptgewerbe stand. „Nach äußerst hartem Ringen haben wir mit dem Schlichtungsergebnis ordentliche Lohnerhöhungen erzielt und einen ersten wichtigen Schritt auf dem Weg zur Angleichung der Ost- an die Westlöhne erreicht.“ Sowohl die IG BAU als auch die Arbeitgeberverbände, der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB) sowie der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB), hatten im Anschluss an die Schlichtung bis zum 28. April 2011 Zeit, das Schlichtungsergebnis anzunehmen (Anmerkung der Redaktion: der Termin lag nach Redaktionschluss).



Foto: Timm Steinborn

Über Wochen machten die Bau-Beschäftigten gemeinsam mit der IG BAU klar, dass mehr drin sein muss als das ursprüngliche Tarifangebot der Arbeitgeber. Am 1. April fanden bundesweit Proteste im Rahmen „verlängerter Frühstückspausen“ auf Baustellen statt. Das Foto zeigt die Kollegen der „zentralen Protestbaustelle“ in Berlin. Unterstützung gab es vom Vizepräsidenten der HWK Berlin, Karsten Berlin (2.v.l.).

Gutes Ergebnis

Im Einzelnen sieht der Schlichterspruch vor, dass in einem ersten Schritt die Tarifentgelte am Bau im Westen zum 1. Mai 2011 um 3,0 Prozent erhöht werden, zum 1. Juni 2012 sollen sie noch einmal um 2,3 Prozent steigen. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 24 Monaten.

Initiative zeigt: Es bleibt viel zu tun

Die vom DGB gestartete Initiative „Handwerk: gute Arbeit, fairer Lohn.“ läuft weiter erfolgreich. Handwerksbeschäftigte aus über 30 Handwerksberufen, die im Online-Fragebogen zur Initiative ausgewählt werden können, haben sich bereits an der Umfrage zu den Arbeitsbedingungen in ihren Betrieben beteiligt. Die bisherigen Auswertungen zeigen: Es gibt im Handwerk Licht und Schatten in puncto „Gute Arbeit“. Positiv schneidet etwa das Schornsteinfegerhandwerk ab: Fast alle Betriebe der befragten Beschäftigten zahlen Tariflohn, zwei Drittel bilden selbst aus, über 90 Prozent bieten den Beschäftigten Weiterbildung an. Ein Grund: Fast einhundert Prozent der Schornsteinfegerbetriebe

sind Mitglied der Innung. „Hier zeigt sich: Je stärker die Tarifpartner, desto besser die Arbeitsbedingungen und die Zufriedenheit der Beschäftigten“, erklärt Helmut Dittke, Leiter Handwerkspolitik beim DGB-Bundesvorstand. „Mit Tariffucht schaden sich Betriebe und Innungen letztlich selbst.“

Aber die Online-Umfrage der Initiative offenbart auch Handlungsbedarf: Bisher schneiden nur drei der ausgewerteten Handwerksberufe „gut“ oder zumindest „neutral“ ab. Alle anderen haben schlechte Arbeitsbedingungen. In mehreren Branchen (z. B. Elektrohandwerk, Metallhandwerk und Bäckereien) erhält nicht einmal die Hälfte der befragten Beschäftigten Tariflohn. Auch regional sind die Unterschiede erheblich: Während beispielsweise in Brandenburg fast die Hälfte der Handwerksbetriebe Leiharbeiter beschäftigt, ist es in Schleswig-Holstein nur jeder vierte Betrieb. Alle Auswertungen können online eingesehen werden – die Umfrage läuft weiter: www.gute-arbeit-fairer-lohn.de

Für den Osten ist zum 1. Juni 2011 eine Entgelterhöhung von 3,4 Prozent vorgesehen. Ein weiteres Plus von 2,9 Prozent soll dann ab dem 1. August 2012 folgen.

Der Mindestlohn 2 im Westen (Fachwerker) soll entsprechend der Tarifierhöhung um 3,0 und 2,3 Prozent steigen. Der Mindestlohn 1 (Werker) würde ab Januar 2012 um 5 Cent angehoben. Im Osten ist eine Erhöhung des Mindestlohns 1 (Werker) zum 1. Januar 2012 um 25 Cent und nochmals um 25 Cent zum 1. Januar 2013 beabsichtigt. Einen Mindestlohn 2 gibt es in den ostdeutschen Bundesländern nicht.

Kontrollen nötig

Auch für das Gebäudereiniger-Handwerk fordert die IG BAU ein Mindestlohn-Plus: 60 Cent mehr Stundenlohn in der untersten Entgeltgruppe West sowie 70 Cent für die unterste Gruppe Ost (jeweils Innenreinigung). Sowohl die Bau-Mindestlöhne als auch der Mindestlohn im Gebäudereiniger-Handwerk sind als Branchenmindestlöhne über das Arbeitnehmer-Entsendegesetz für allgemeinverbindlich erklärt worden: Sie gelten ohne Unterschied für alle Beschäftigten der jeweiligen Branche. Damit sie auch eingehalten werden, bedarf es natürlich regelmäßiger und wirksamer Kontrollen. Zuständig dafür ist die Zollverwaltung. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern schon seit geraumer Zeit, die Kontrollbehörden personell besser auszustatten. Zurecht, wie aktuelle Zahlen zeigen: Die Bundesregierung hat auf eine „Kleine Anfrage“ der Bundestagsfraktion DIE LINKE bestätigt, dass der Zoll in rund 17 Prozent der Kontrollen im Baugewerbe und in rund 15 Prozent der Kontrollen in der Gebäudereinigung Verstöße festgestellt und Bußgeldverfahren gegen Arbeitgeber eingeleitet hat.

DGB und ZDH contra Schwarzarbeit

Mit Blick auf die anstehende Arbeitnehmerfreizügigkeit ab dem 1. Mai 2011 haben der DGB und der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) gemeinsam Position bezogen. In einer Stellungnahme der beiden Verbände unter dem Titel „Legale Arbeit stärken – illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit bekämpfen“ heißt es unter anderem: „Gute allgemeinverbindliche Rahmenbedingungen nutzen nur dann, wenn über ihre Einhaltung wirkungsvoll gewacht wird. Der DGB und der ZDH fordern daher eine personelle und organisatorische Stärkung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS).“



NGG Hamburg

Tarif verbindlich



Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) hat in Hamburg gemeinsam mit der Bäckerinnung der Hansestadt einen Erfolg für die Beschäftigten im Bäckerhandwerk erzielt: Auf Initiative von NGG und Innung hat die Wirtschaftsbehörde im Bundesland die aktuellen Tarifverträge im Tarifausschuss für allgemeinverbindlich erklärt.

Ungelernte Verkäuferinnen und Verkäufer bekommen im Hamburger Bäckerhandwerk damit jetzt beispielsweise einen Mindestlohn von 7,85 Euro pro Stunde im ersten Berufsjahr, gelernte Verkäuferinnen und Verkäufer sogar 9,58 Euro. „Ich habe Bäcker getroffen, die statt der ihnen zustehenden elf Euro nur 7,50 Euro bekommen haben. Mit solchen Ungerechtigkeiten ist jetzt Schluss“, erklärt Christa Theinert, Gewerkschaftssekretärin der NGG-Region Hamburg-Elmshorn. „Nach dem Erfolg in Hamburg wollen wir die Allgemeinverbindlichkeit jetzt auch in Schleswig-Holstein durchsetzen.“ Der nächste Verhandlungstermin in Schleswig-Holstein ist der 9. Mai 2011.

Auch der Vorsitzende des DGB Hamburg, Uwe Grund, ist davon überzeugt, dass die Allgemeinverbindlichkeit notwendig ist. „Im Bäckereihandwerk stoßen wir immer wieder auf heftige Formen des Lohndumpings“, so Grund. Jetzt müssen auch Betriebe, die nicht Mitglied der Innung sind, ihre Beschäftigten entsprechend der allgemeinverbindlichen Tarifverträge entlohnen.

HWK Hamburg

Vollversammlung für Mindestlöhne



Die Vollversammlung der Handwerkskammer Hamburg hat sich in einer Resolution grundsätzlich für Branchenmindestlöhne im Handwerk, für einen Leiharbeitsmindestlohn durch Aufnahme der Zeitarbeitsbranche ins Entsendegesetz sowie gegen eine Ausweitung der Leiharbeit ausgesprochen.

„Wir lehnen keine Leiharbeit ab“, betont Arbeitnehmervizepräsident Thomas Bredow. „Aber Leiharbeit wird schon lange nicht mehr nur bei außergewöhnlicher Auftragslage oder plötzlichem Arbeitsausfall eingesetzt.“ Tatsächlich ersetzen immer mehr Arbeitgeber mit Leiharbeitskräften ihre Stammbeschäftigten und umgehen so faire Tarifföhne. Eine Verschärfung

der Situation im Handwerk befürchtet Bredow durch die anstehende EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit am 1. Mai 2011. „Wir müssen damit rechnen, dass ausländische Unternehmen ihre Dienstleistungen billiger anbieten. Ich appelliere daher an hamburgische Auftraggeber, sich nicht durch Dumpinglöhne kaufen zu lassen.“ Die Resolution hatte der Ausschuss für Wirtschafts- und EU-Politik der Handwerkskammer Hamburg bereits im Februar beschlossen, die Vollversammlung hat diesen Beschluss später zustimmend zur Kenntnis genommen.

Bayern

Feiertag nicht streichen



Der DGB-Bezirk Bayern und das Kolpingwerk Bayern haben sich gemeinsam dagegen ausgesprochen, einen weiteren gesetzlichen Feiertag zu streichen. Die Arbeitnehmervertreter der beiden Organisationen aus den Vollversammlungen der bayerischen Handwerkskammern wenden sich mit einer Resolution gegen eine entsprechende Forderung des Präsidenten des Bayerischen Handwerkstags Heinrich Traublinger. Traublinger hatte als Reaktion auf einen drohenden Fachkräftemangel eine verlängerte Lebensarbeitszeit und die Abschaffung eines bundesweiten Feiertags gefordert. Die Meinung von DGB und Kolpingwerk ist klar: „Bessere Bezahlung lockt mehr Fachkräfte, nicht mehr Arbeit.“ Nach den Protesten hat der Bayerische Handwerkstag (BHT) seine Forderung revidiert – allerdings nur halbherzig: In einem BHT-Papier ist jetzt nicht mehr die Rede von der Streichung eines Feiertags, wohl aber von „einem zusätzlichen Arbeitstag im Jahr“.

Niedersachsen

Austausch mit SPD

Die Arbeitnehmervizepräsidenten der niedersächsischen Handwerkskammern haben sich im März zu einem politischen Meinungsaustausch mit der Spitze der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion getroffen. Schwerpunkte des Austauschs waren die anstehende EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit ab dem 1. Mai 2011 sowie die Bildungspolitik.

Der Vizepräsident der Handwerkskammer Hildesheim, Rolf Heise, äußerte als Sprecher der Arbeitnehmervizepräsidenten die Befürchtung, dass die Arbeitnehmerfreizügigkeit zu Lohndumping und einem Unterbietungswettbewerb führen könne, wenn sie nicht durch die entsprechenden politischen Maßnahmen begleitet werde. Beide Seiten waren sich einig,

dass die Kolleginnen und Kollegen aus den EU-Beitriffsstaaten grundsätzlich willkommen seien und – so die SPD-Fraktion – den drohenden Fachkräftemangel entschärfen könnten. Um soziale Verwerfungen zu vermeiden müsse aber unter anderem ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden.

In der Bildungspolitik bedauerten sowohl die Vizepräsidenten als auch die SPD-Fraktionspitze, dass in der aktuellen bildungspolitischen Debatte in Niedersachsen bisher kein Schulkonsens erzielt werden konnte. Die Arbeitnehmervizepräsidenten plädierten unter anderem für mehr Berufsorientierung an allen Schulformen. Außerdem dürfe das Abitur nicht „das einzige bildungspolitische Leitziel sein“. Auch mit einer Berufsausbildung könne man inzwischen alle anderen Abschlüsse, sogar einen Studienabschluss, erreichen.

Stuttgart

Kein IHK-Plakat für S21



Umstritten: Die Arbeiten am Bahnhofsprojekt „Stuttgart 21“ werden von Demonstrationen begleitet. Derzeit gibt es einen Baustopp.

Das Verwaltungsgericht Stuttgart hat Anfang April entschieden, dass ein am Gebäude der Stuttgarter Industrie- und Handelskammer (IHK) angebrachtes Plakat, das für das umstrittene Bahnhofsprojekt „Stuttgart 21“ wirbt, rechtswidrig ist. Gleiches gilt für den Abdruck des Plakats im IHK-Magazin. Die Begründung des Gerichts ist auch für die Selbstverwaltung im Handwerk von Relevanz: Zwar bewege sich die IHK mit Äußerungen zu „Stuttgart 21“ grundsätzlich im Rahmen ihrer gesetzlichen Kompetenzen. Als Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Zwangsmitgliedern sei sie aber verpflichtet, bei ihren Äußerungen ein höchstmögliches Maß an Objektivität zu gewährleisten. Das sei bei einer – wortwörtlich – „plakativen Äußerung“ zu einem auch innerhalb der IHK kontrovers

Foto: Wikimedia/Muskliprazz, cc-by-sa 3.0

diskutierten Thema wie „Stuttgart 21“ (S21) nicht mehr der Fall. Gerade in einer, wie bei S21, „politisch zugespitzten Situation“ werde das der notwendigen Objektivität und Sachlichkeit nicht gerecht.

Thüringen

Kürzungen bei Bildungszentren



Das thüringische Handwerk muss bei den handwerklichen Bildungszentren kürzen. Damit wirken sich die stark rückläufigen Ausbildungszahlen bereits auf die Bildungsinfrastruktur im Handwerk aus, ist der DGB Thüringen überzeugt. Um diesen Trend zu stoppen, müsse das Handwerk für Beschäftigte und künftige Fachkräfte wieder attraktiver werden. „Wenn Handwerksbetriebe im Wettbewerb um gut ausgebildete Fachkräfte und engagierten Nachwuchs nicht das Nachsehen haben wollen, müssen sie ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen bieten“, meint die DGB-Landesvorsitzende Renate Licht. „Wir brauchen ‚gute Arbeit und Ausbildung‘ im Handwerk. Ein ‚weiter so‘ führt unweigerlich in die Sackgasse“, so Licht weiter – sowohl bei den Bildungseinrichtungen als letztlich auch bei den Betrieben.

NRW

Stopp für Schmal-spurausbildung



Ende März kamen die Arbeitnehmerspräsidenten der nordrhein-westfälischen Handwerkskammern zu ihrem traditionellen Kamingsgespräch mit dem NRW-Arbeitsminister zusammen. Amtsinhaber Guntram Schneider (SPD) versicherte den Vizepräsidenten im Rahmen des Treffens, dass in NRW zur Zeit keine weiteren zweijährigen Ausbildungsberufe eingeführt würden. Das duale Berufsbildungssystem und die „Vollwertigkeit der Berufsbilder“ bleibe erhalten. In diesem Zusammenhang wiesen die Vizepräsidenten insbesondere auf die seit Jahren unterfinanzierten Bildungsstätten des Handwerks hin. Gemeinsam mit dem Landesarbeitsminister vereinbarten sie, neue Möglichkeiten der Finanzierung zu suchen.

Bielefeld

Erfolgreicher Austausch

Einen erfolgreichen Erfahrungsaustausch organisierten Mitte März rund zwanzig Arbeitnehmervertreter aus den Selbstverwaltungsgremien der Handwerkskammer Ostwestfalen-Lippe zu Bielefeld (OWL) im Rahmen ihrer Gesellenklausur. Neben Diskussionen über die Hintergründe der Organisation der handwerklichen Selbstverwaltung stellte Helmut Dittke, Leiter Handwerkspolitik beim DGB-Bundesvorstand, den Teilnehmern die aktuellen handwerkspolitischen Positionen und Aktionen des Deutschen Gewerkschaftsbunds vor. Schwerpunkt war dabei die Forderung der Gewerkschaften nach „Guter Arbeit“ und fairer Entlohnung im Handwerk, um im Wettbewerb um Fachkräfte mit anderen Branchen mithalten zu können. Weitere Gäste der Klausur waren Michael Heesing, Hauptgeschäftsführer der HWK OWL, Stefan Marx von der DGB-Region Ostwestfalen-Lippe sowie Richard Holtrup als Vertreter des Kolpingwerks.

Ausbildung

Für mehr Transparenz

Über 320.000 Jugendliche mussten 2010 in Warteschleifen und Ersatzmaßnahmen des so genannten Übergangssystems, weil sie keine reguläre Ausbildungsstelle finden konnten. Die Zahl ist keine pessimistische Schätzung des DGB: Sie stammt aus dem im April beschlossenen Berufsbildungsbericht der Bundesregierung. „Das Ausbildungsjahr 2010 verlief enttäuschend“, kritisiert die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. „Nach einem Minus von 50.000 Ausbildungsverträgen im Jahr 2009, gab es auch im Aufschwung 2010 einen Rückgang von 4.000 Verträgen. Der seit Monaten positive Arbeitsmarktrend ist somit am Ausbildungsmarkt nicht angekommen.“

Der DGB fordert, den „Wildwuchs“ verschiedenster Ausbildungs-Ersatzmaßnahmen im Übergangssystem zu beenden und stattdessen ein transparentes System zu schaffen. Wer nur aufgrund mangelnder Ausbildungsangebote keinen betrieblichen Ausbildungsplatz findet, soll nach spätestens sechs Monaten eine Ausbildungsgarantie für eine außerbetriebliche Ausbildung bekommen. Außerdem müssten die Unternehmen mehr betriebliche Ausbildungs-

plätze zur Verfügung stellen, fordert der DGB. „Mit 560.000 neuen Ausbildungsverträgen in 2010 kommen wir nicht aus“, so Sehrbrock. „Wer auf Innovation und Nachhaltigkeit setzt, braucht auch mehr Fachkräfte.“

Schuldenbremse in Hessen

Angst vor Auftrags-einbruch



Der DGB-Bezirk Hessen-Thüringen hatte sich über Monate gemeinsam mit dem Bündnis „Handlungsfähiges Hessen“ gegen die Aufnahme einer Schuldenbremse in die hessische Landesverfassung eingesetzt und für ein „Nein“ bei der Volksabstimmung Ende März mobilisiert. Der DGB und seine Bündnispartner befürchten, dass die Schuldenbremse zur „Zukunftsbremse“ wird, weil sie nötige öffentliche Investitionen verhindert und als Vorwand für Bildungs- und Sozialabbau dient. Immerhin 30 Prozent der Wahlberechtigten lehnten schließlich am 27. März 2011 die Schuldenbremse bei der Abstimmung ab – leider nicht genug, um den entsprechenden Passus in der Landesverfassung zu verhindern. Auch die Arbeitnehmerspräsidenten der hessischen Handwerkskammern (HWK Kassel, HWK Rhein-Main und HWK Wiesbaden) hatten sich im Vorfeld der Volksabstimmung gegen die Schuldenbremse ausgesprochen, weil sie erhebliche negative Folgen für das hessische Handwerk befürchten: Aufgrund geringerer Finanzmittel für die Kommunen würden diese voraussichtlich ihre Investitionen in Erhalt und Ausbau der Infrastruktur zurückfahren – das Sorge beim Handwerk für Auftragseinbrüche. Der DGB sieht sich inzwischen in seinen Befürchtungen bestätigt. Hessens Kultusministerin Dorothea Henzler (FDP) hat nur drei Wochen nach Einführung der Schuldenbremse angekündigt, fast die Hälfte der Stellen beim Amt für Lehrerbildung (Afl) zu streichen. Das Afl kümmert sich auch um die Qualifizierung für Lehrer an Berufsschulen.



Zeichnung: Peter Badius

Die Befürchtung des DGB Hessen bestätigt sich: Die Schuldenbremse verschlechtert die Bildungssituation – betroffen sind auch die Berufsschullehrer.

DGB-Jugend

Wie willst du leben?

Die DGB-Jugend hat die Initiative „Wie willst du leben?“ gestartet und eine Aktions-Webseite zur Initiative online gestellt: www.wie-willst-du-leben.de. Mit dieser beteiligungsorientierten Webseite, die junge Menschen und gesellschaftlich aktive Organisationen miteinander vernetzt und die Zukunftsthemen junger Leute abfragt, schafft die Gewerkschaftsjugend eine Plattform für die junge Generation im Kampf für ihre Perspektiven.



„Wie willst du leben?“,
fragt die DGB-Jugend dieses Jahr
im Rahmen ihrer gleichnamigen Initiative.

„Die DGB-Jugend spricht damit alle Jugendlichen aus allen Teilen der Gesellschaft an und fordert sie auf, mit der Gewerkschaftsjugend gemeinsam eine Idee zu entwickeln, wie sie zukünftig leben wollen“, so DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf. Jugendliche und Organisationen sind eingeladen, über die Webseite der Initiative gemeinsame Aktionen zu planen und ein größeres Gegengewicht zu den nicht länger hinnehmbaren Entwicklungen in den Bereichen Bildung, Arbeit und Freiheit zu bilden.

Bauhauptgewerbe

Dickes Umsatzplus

Die ersten Zahlen des Statistischen Bundesamtes für die Auftragslage im Bauhauptgewerbe zu Beginn dieses Jahres liegen vor und zeigen: Die IG BAU lag goldrichtig damit, bei den Tarifverhandlungen in puncto Lohnerhöhungen nicht locker zu lassen. Im Vergleich zum Vorjahr

hatte sich die Auftragslage bereits im Januar um 8,6 Prozent verbessert, der Umsatz stieg sogar um 29,3 Prozent. Das hatte auch positive Beschäftigungseffekte: Im Vergleich zu 2010 hat sich die Zahl der Arbeitnehmer im Bauhauptgewerbe bisher um rund zwei Prozent auf 687.000 erhöht (Stand: Januar 2011). Einen deutlichen Unterschied in der Auftragsentwicklung gibt es allerdings im Vergleich von Hoch- und Tiefbau. Während Unternehmen im Hochbaubereich ein Auftragsplus von 21,6 Prozent verzeichneten, schrumpften die Auftragszahlen beim Tiefbau um 4,5 Prozent.

Bund und ZDH

Mehr Chefinnen

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat gemeinsam mit dem Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) eine Wanderausstellung gestartet. Die „Roadshow – Meine Zukunft: Mehr Chefinnen im Handwerk“, die Anfang April in der Handwerkskammer Berlin startete, stellt Frauen vor, die Handwerksbetriebe leiten. Möglichst viele Besucherinnen der Ausstellung sollen so für eine Karriere im Handwerk gewonnen werden. „Die Roadshow soll dazu beitragen, die Ursachen und Barrieren zu überwinden, die Frauen bisher an einer Führungsposition im Handwerk hindern“, so Bundesfrauenministerin Kristina Schröder (CDU). Die Ausstellung ist bis zum 4. Mai im Bildungs- und Technologiezentrum der HWK Berlin zu sehen und startet dann eine Tour durch Handwerkskammern in ganz Deutschland. Die Tourdaten gibt's auf der Homepage des Ministeriums: www.bmfsfj.de

Antrag auf Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft des DGB

Der Mitgliedsbeitrag beträgt in der Regel ein Prozent des Bruttoeinkommens. Stark vergünstigte Beiträge gibt es für Studierende, Arbeitslose und Rentner. Weitere Infos unter: www.dgb.de/service/mitglied_werden

Ausfüllen, unterschreiben und an DGB-Bundesvorstand,
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin schicken.

Name: _____

Vorname: _____

Straße / Haus-Nr.: _____

PLZ / Wohnort: _____

Geburtsdatum: _____

Nationalität: _____ Geschlecht: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Beschäftigung bei: _____

Beruf: _____

Beruflicher Status

Arbeiter/in Angestellte/r Beamtin/Beamter

Auszubildende/r Student/in Sonstiges

Monatl. Bruttoeinkommen: _____

Geldinstitut: _____

Konto-Nr.: _____ Bankleitzahl: _____

Datum / Unterschrift _____

Ich bin damit einverstanden, dass die von mir gemachten Angaben einschließlich eventueller Änderungen und Ergänzungen zur Erledigung aller im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft stehenden Aufgaben, insbesondere der Mitgliederbestandsverwaltung, der Mitgliederinformationen sowie des Beitragabzuges im erforderlichen Umfang – auch durch Datenträgeraustausch – mit Hilfe von Computern (automatisiert) verarbeitet und genutzt werden können.

Ich bevollmächtige nebenstehend angekreuzte Gewerkschaft, meinen satzungsgemäßen Beitrag bei Fälligkeit von meinem oben angegebenen Konto per Lastschrift abzubuchen. Sollte mein Konto die erforderliche Deckung nicht ausweisen, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Einlöseverpflichtung. Die vorstehende Einverständniserklärung sowie die Lastschriftbevollmächtigung kann ich nur gegenüber der oben genannten Gewerkschaft widerrufen.

Datum / Unterschrift _____



DGB-Handwerk

Vernetzt

Der DGB ist mit der Initiative „Handwerk: gute Arbeit, fairer Lohn.“ und mit weiteren handwerkspolitischen Themen jetzt auch in den sozialen Netzwerken Facebook und Twitter vertreten. Wer über den neuesten Stand der Initiative und aktuelle Handwerksmeldungen im Bilde bleiben möchte, kann sich hier jederzeit kurz und knapp informieren. Die Links zu beiden Profilen des DGB gibt es unter: www.handwerkskammerwahl.de